

Demokratisierung in der Gemeindeverwaltung.

Gleichwie im deutschösterreichischen Staate durch Heranziehung aller Parteien die demokratischen Grundsätze in der Verwaltung zum Ausdruck kamen, sind Bestrebungen im Zuge dieser Anschauung auch in der Gemeindeverwaltung Geltung zu verschaffen. Die oppositionellen Parteien sollen durch Zuweisung einer größeren Anzahl von Mandaten im Stadtrat zu einer intensiveren Betätigung herangezogen werden. Infolge der von uns bereits gemeldeten Niederlegung der Stadtratswürde durch Landeshauptmann v. Steiner, durch die gestern erfolgte Resignation des kaiserlichen Rates Vinzenz Wessely, der zu den ältesten Mitgliedern des Stadtrates gehörte, sind bereits zwei Stellen unbesetzt. Wie wir vernehmen, wird auch Staatssekretär Dr. Matzja auf seine Funktion in dieser Körperschaft verzichten, wodurch dann, da Gemeinderat Reumann bald nach der Wahl sein Mandat zurücklegte, bereits vier Stellen zur Besetzung gelangen. Diese sollen der bisherigen Opposition überlassen werden, von welcher die sozialdemokratische Gruppe den Standpunkt vertritt, nur bei einer der Zahl ihrer Wähler entsprechenden Zuteilung in den Stadtrat einzuziehen. Die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes kam auch in der Rede des Bürgermeisters in der Josefstadt zum Ausdruck. Er erklärte, für eine andre Wahlordnung einzutreten, und er hat, wie wir seinerzeit berichteten, seinen auf dem Proportionalwahlrecht beruhenden Entwurf zurückgezogen. Die neue Gemeindevertretung dürfte auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes im Frühjahr des nächsten Jahres gewählt werden, und bis dahin soll die Demokratisierung in der Verwaltung erfolgt sein. In oppositionellen Kreisen wird auch auf eine Stelle im Gemeinderatspräsidium Anspruch erhoben, wie dies auch schon seinerzeit betont wurde.